



**F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n**

**Rede des Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
zur Übergewinnsteuer  
in der 1023. Sitzung des Bundesrates  
am 8. Juli 2022**

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,


vor vier Wochen haben wir hier aus Anlass der heute zur Abstimmung stehenden Initiative schon einmal über die Übergewinnsteuer debattiert.

Wir haben diskutiert, ob es richtig sein kann, dass die einen vom Krieg in der Ukraine profitieren und sich die Taschen vollmachen, während die anderen, Bund, Länder und Kommunen, Milliarden in die Hand nehmen, um diejenigen zu unterstützen, die unter Inflation und steigenden Energiepreisen leiden.

Das sind bislang vor allem Bürgerinnen und Bürger, ganz aktuell wird aber auch über eine 9-Milliarden-Euro-Spritze für den größten deutschen Gasimporteure, die Düsseldorfer Uniper diskutiert, um das Unternehmen zu stabilisieren und noch größeren Schaden von Wirtschaft und Gesellschaft abzuwenden.

Auf den Punkt gebracht heißt das: Einige Unternehmen verdienen mit steigenden Energiepreisen Milliarden und streichen Übergewinne ein. Andere geraten in Schieflage und werden deshalb vom Staat unterstützt. Ich bin mir sicher, dass die Menschen im Land merken: Da stimmt etwas nicht, das kann so nicht richtig sein.

In den vergangenen vier Wochen ist über die Frage der kriegsbedingten Übergewinne weiter intensiv diskutiert worden. Der Bundeswirtschaftsminister – der im Übrigen durchaus Sympathie für die Idee einer Übergewinnsteuer hegt - hat angekündigt, das Kartellrecht zu schärfen. Das ist gut und wichtig, aber das alleine reicht nicht aus. Denn erstens greift das nur für die Zukunft. Und zweitens



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft


ändert eine striktere Preiskontrolle nichts an der Notwendigkeit, leistungslos erworbene Übergewinne abzuschöpfen.

In anderen europäischen Ländern hat sich die Diskussion über eine Übergewinnsteuer in den letzten Wochen ebenfalls weiterentwickelt. Mittlerweile haben sechs Länder eine solche Steuer bzw. Abgabe - nämlich Italien, Griechenland, Spanien, Rumänien, Ungarn und Großbritannien.

Nur der Bundesfinanzminister, der hält von alledem überhaupt nichts und geht jeder inhaltlichen Diskussion aus dem Weg. Ich nenne das schlicht: Arbeitsverweigerung!

Stattdessen werden Nebelkerzen gezündet. Etwa, dass eine Übergewinnsteuer auch Unternehmen wie Biontec treffen würde, die uns mit Ihrer Innovationskraft ganz wesentlich in der Corona-Pandemie geholfen haben. Ein reines Ablenkungsmanöver.

Nicht nur, dass überhaupt niemand solche Unternehmen im Blick hat. Nein, der Blick ins europäische Ausland zeigt doch, dass man zielgenaue Regelungen und sachgerechte Abgrenzungen finden kann. Man muss allerdings den politischen Willen dazu haben, das stimmt.

 Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,


es ist wichtiger denn je, sich mit einer Übergewinnsteuer zu beschäftigen. Denn der Staat steht in den kommenden Monaten nicht nur bei Menschen mit kleinem Geldbeutel in der Pflicht, sie zu unterstützen. Er wird auch systemrelevanten Firmen unter die Arme greifen müssen - siehe Uniper -, um den Schaden für die Gesamtwirtschaft in Grenzen zu halten. Wer hiervoor die Augen verschließt, spielt mit hunderttausenden Existenzen.

Dabei versprechen wir uns von einer Übergewinnsteuer nicht allein fiskalische Effekte für die Staatskasse.

Wir versprechen uns davon auch eine disziplinierende und den Markt regulierende Wirkung.

Es geht aber vor allem auch um ein politisches Signal: Nämlich, dass wir denen helfen, die es nötig haben. Aber auch denen etwas abverlangen, die einfach nur Glück haben. Unternehmen zu unterstützen, die unverschuldet in Not geraten sind, und Unternehmen mit einer zusätzlichen Abgabe zu belegen, die ohne eigene Leistung ihren Gewinn steigern konnten – das sind für mich zwei Seiten derselben Medaille.

Und ich bin der festen Überzeugung, dass die Menschen, die sich angesichts der steigenden Gas- und Öl-Preise ernsthaft Sorgen um ihr Zuhause und ihren Arbeitsplatz machen, dass die das auch so sehen.

 Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

der Finanzausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft dieses Hauses empfehlen die Entschließung zu fassen. Ich möchte mich ausdrücklich für die zügige und konstruktive Diskussion bedanken.

Ich möchte insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Union bitten, sich heute einen Ruck zu geben, unserem Antrag zuzustimmen und damit die Prüfbitte an die Bunderegierung zu ermöglichen.

In jedem Falle empfinde ich unsere Initiative – und dabei möchte ich mich bei den unterstützenden Ländern ausdrücklich bedanken – als Erfolg, hat sie doch die Diskussion um dieses wichtige und richtige Thema maßgeblich mit befördert.

Und ich kann Ihnen auch versichern, dass Sie das Thema nicht los sein werden und dass wir uns möglicherweise schon direkt nach der Sommerpause erneut damit befassen müssen.

Dann nämlich, wenn es darum geht, weitere dringend erforderliche Hilfen zu beschließen, weil sich die Kluft zwischen den wenigen Gewinnern und den vielen Verlierern der Krise weiter vertieft hat.

Herzlichen Dank!